

BEITRÄGE

THEATER: Der Theaterverein unterstützt vier Schultheater mit total 14000 Franken **SEITE 13**

VOLKSHOCHSCHULE

EXPERIMENT: Kantonsschüler geben Lektionen zum Thema ihrer Maturarbeiten **SEITE 13**

BERLINALE

CLIVE OWEN: Der Mann, der gegen die Dunkelmänner in den Glaspalästen antritt **SEITE 15**



Von der Geschwindigkeitsbusse bis zur Abfallmarke: Die städtischen Dienstleistungen heissen Abgaben, Gebühren, Taxen oder Entschädigungen. Bilder: mad/cor

Haushalt mit Gebühren sanieren

Die Bussgeldeinnahmen der Stadt haben sich in den letzten zehn Jahren glatt verdoppelt. Die Einnahmen aus Gebühren stiegen im selben Zeitraum um 83 Millionen Franken – und lagen immer deutlich höher als die Steuereinnahmen.

Die Stadt nimmt 100 Millionen Franken mehr durch Abgaben, Gebühren, Taxen und Entschädigungen ein, als die Einwohnerinnen und Einwohner Steuern zahlen. Die Rechnung 07 führt unter «Steuern» Einnahmen von 307 Millionen Franken auf, unter «Entgelte» sind es 404 Millionen. Die Gebühren sind damit seit dem Jahr 1997 um 83 Millionen Franken (plus 26 Prozent) gestiegen, während die Teuerung 8,8 Prozent betrug. Ins Auge sticht insbesondere die Erhöhung der Bussgelder, der Gebühren für Amtshandlungen und der Spital- und Heimtaxen.

Doppelt so viel Leistung?

Die Polizei kontrolliert heute das Einhalten der Gesetze doppelt so genau wie vor zehn Jahren. Würden damals Bussgelder von 4,7 Millionen Franken eingezogen, sind es heute 10 Millionen Franken (plus 110 Prozent). Für das laufende Jahr sind gar Bussen von 13,5 Millionen Franken budgetiert. «Die Steigerung ist vor allem auf die Anpassung des Bussgeldkatalogs im Jahr 1996 zurückzuführen», sagt Beat Keller von der Stadtpolizei. «Zudem haben wir in den letzten Jahren

fest installierte Geschwindigkeitsmessanlagen in Betrieb genommen.» Die meisten Bussgelder stammen laut dem Finanzchef der Stadtpolizei denn auch aus der Überwachung des fließenden Verkehrs. Unendlich seien die Einnahmen aus dieser Quelle aber nicht steigerbar: «Je höher die Kontrolldichte, desto regelkonformer verhalten sich die Verkehrsteilnehmer.»

Für Amtshandlungen kassiert die Stadt 7 Millionen Franken mehr als vor zehn Jahren (plus 84 Prozent). Leistet die Verwaltung also heute fast doppelt so viel – trotz 250 Vollzeitstellen weniger? «Die Menge der erledigten Arbeiten hat deutlich zugenommen: Die Bevölkerung wächst, die Fallzahlen im Polizeirichteramt sind stark gestiegen und wir erledigen Aufgaben für andere Gemeinden», sagt Beat Holzer, Finanzchef der Stadt. Unter «Amtshandlungen» werde ein breites Spektrum von Dienstleistungen erfasst. «Alleine die Betreibungen sorgen für einen Drittel der Einnahmen.» Mehr als eine Million jährlich trägt auch das Melde- und Zivilstandswesen bei. «Kostete 1997 ein Pass 60 Franken sind es heute für einen biometrischen 200», sagt Holzer. «Die

Stadt hat darauf keinen Einfluss, auch nicht auf die Zahl der Betreibungen.»

Drei Ursachen macht Andreas Paintrner für die Kostensteigerung bei den Alters- und Heimtaxen aus. 2007 verlangte die Stadt dafür rund 21 Millionen Franken mehr als noch 1997 (plus 47 Prozent). «Heute sucht man die Kosten stärker auf die Verursacher abzuwälzen», sagt der Leiter Alter und Pflege. Zudem sei mehr Personal nötig und auch die Löhne seien gestiegen. «Haushaltsverbesserungen im Bereich Alter und Pflege lassen sich praktisch nur mit höheren Tarifen erzielen.»

«Freiwillige Steuerbeiträge»

Finanzchef Holzer sieht die Situation ähnlich. «Steuereinnahmen und Gebühren stehen in direkter Konkurrenz.» Da steuerseitig kein Spielraum vorhanden sei, bleibe für eine Verbesserung der Finanzlage letztlich nur die Erhöhung der Gebühren. «Jeder Bürger kann aber durch sein Verhalten Einfluss nehmen», sagt Holzer. Für ihn sind viele Gebühren «freiwillige Steuerbeiträge»: Die für 2009 budgetierten Bussgelder etwa entsprechen ungefähr vier Prozent der Steuern.

Zu den Gebühren zählen auch die Hallenbad- und Museumseintritte sowie die Abfallmarken. Bei der Festsetzung dieser Preise gelte es abzuwägen, welche Kostenanteile pauschal via Steuern und welche direkt vom Verur-

sacher bezahlt werden müssten, sagt Holzer. Die Stadt veranschlage heute eher verursachergerechte Preise, wenn dadurch Dienstleistungen für Teile der Bevölkerung nicht unerschwinglich würden. Darauf und auf die Tatsache, dass Winterthur in den 90er-Jahren lange mit einer Erhöhung zugewartet habe, seien die stark gestiegenen Gebühren zurückzuführen.

«Zutiefst undemokratisch»

«Gebührensenkungen können wir nicht mit zusätzlichen Steuereinnahmen ausgleichen», sagt Holzer. «Sollen die Gebühren wieder sinken, bleibt nur ein Leistungsabbau.» Bereits voll ausgeschöpft sind für den Finanzchef die Möglichkeiten innerhalb der Verwaltung, die Effizienz zu steigern.

Das sieht Nationalrat Markus Hutter (FDP) ganz anders: «Warum kann die Privatwirtschaft ihre Produktivität ständig steigern, die Stadt hingegen trotz Investitionen in die Arbeitsmittel nicht?» Der Initiator der Arbeitsgruppe «Gebührenbremse», die vor zwei Jahren die Baugebühren scharf kritisierte, will weiterhin mehr Transparenz einfordern. «Wir wissen um jeden städtischen Bauernhof, aber eine Aufstellung über alle Gebühren fehlt nach wie vor», sagt Hutter. «Die stillschweigende Erhöhung von Gebühren an Volk und Gemeinderat vorbei ist undemokratisch.» **DAVID HERTER**



«Ein Wort ist gut, ein Gesetz ist besser»

Das neue Finanzausgleichsgesetz bringt der Stadt mehr Autonomie. Allerdings wurde ihr der Lastenausgleich zusammengestutzt. Finanzstadträtin Verena Gick (FDP) hofft nun auf den Kantonsrat.

Frau Gick, werden wir Sie bald in der Marktgasse antreffen, weil Sie Referendumsunterschriften gegen das neue Finanzausgleichsgesetz sammeln?

Verena Gick: Vorerst nicht. Das heutige System hat erhebliche Mängel, so können wir zum Beispiel kein Eigenkapital äufnen. Grundsätzlich ist der neue Finanzausgleich, der gestern vorgestellt wurde, das bessere System, das uns mehr Finanzautonomie bringt (siehe auch Regionalteil, Seite 19).

Mit dem neuen Finanzausgleich erhält die Stadt die seit Langem geforderte

Abgeltung ihrer Zentrumslasten. Allerdings sollen 10 Millionen Franken weniger als ursprünglich angenommen nach Winterthur fließen.

Mit der Kürzung von 85 auf 75 Millionen Franken sind wir ganz klar nicht einverstanden. Statt 10 Millionen Franken weniger sollten wir eigentlich mindestens 10 Millionen mehr bekommen. Denn: Nach unseren neuesten Berechnungen hat die Stadt Winterthur – je nach Vergleichsbasis – Zentrumslasten in der Höhe von 100 bis 150 Millionen Franken zu tragen. Der nun im Gesetz verankerte Betrag reicht nicht aus, um alle unsere Aufgaben auch erfüllen zu können.

Es ist ja nicht so, dass die 10 Millionen ersatzlos gestrichen werden. Sie fließen als «Ausrichtung von Gesundheitsbeiträgen» ebenfalls in die Stadtkasse.

Das stimmt zwar, allerdings bleibt diese Ausrichtung nur bis ins Jahr 2011 bestehen. Es ist aus unserer Sicht inak-

zeptabel, den Zentrumslastenausgleich langfristig um jene 10 Millionen zu kürzen, die uns nur noch während des Jahres 2011 für die Spitalfinanzierung erhalten bleiben.

Regierungsrat Markus Notter (SP) hat jedoch klargemacht, dass die Stadt mit 10 Millionen Franken zusätzlichen Geldern rechnen kann, wenn der Beitrag im Bereich Gesundheit wegfällt. Ist Ihnen sein Wort nichts wert?

Ein Wort ist gut, die gesetzliche Verankerung besser. Tatsache ist, dass im vorliegenden Gesetz nur 75 Millionen Franken Lastenausgleich aufgelistet sind. Das lässt sich im Nachhinein nicht einfach wieder abändern. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass uns wieder mehr Lastenausgleich zugestanden wird. Unsere Minimalforderung: 10 Millionen Franken mehr.

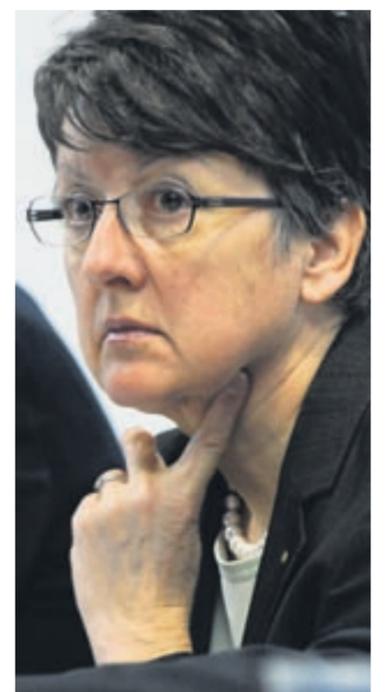
Die vorberatende Kommission und der Kantonsrat werden das Gesetz nun be-

handeln. Wie bringen Sie das Parlament dazu, an der Vorlage zugunsten Winterthurs heranzuschrauben?

Wir werden mit aller Kraft dafür kämpfen, dass wir zumindest wieder 85 Millionen Franken erhalten. Wir werden unsere Winterthurer Kantonsräte einbinden und natürlich mit allen Fraktionen sprechen. Es gilt nun, viel Überzeugungsarbeit zu leisten.

Und am Ende werden Sie doch ein mögliches Referendum unterstützen, weil der bestehende Finanzausgleich mehr Sicherheiten bietet.

Dazu will ich mich nicht äussern. Nur so viel: Der alte Finanzausgleich hat durchaus Vorteile, etwa mit seiner Defizitgarantie via Steuerfussausgleich. Doch wir würden das neue System klar bevorzugen, allein schon weil wir wieder eigenständiger würden. Doch: Wenn die finanzielle Ausgangslage nicht stimmt, können wir nicht mitmachen. **INTERVIEW: MICHAEL SCHOLZ**



Verena Gick findet das Gesetz in der vorliegenden Form inakzeptabel. Bild: mad